

**INFOPERU Nr. 58****Der Newsletter der Informationsstelle Peru e.V.****22.09.2018****Inhaltsverzeichnis:**

1. [Editorial \(H. Willer\)](#)
2. [Hoffnung im Kampf gegen Korruption \(H. Willer\)](#)
3. [Das neue Gold der Anden: Lithium \(H. Schulze\)](#)
4. [Peru wählt neue Bürgermeister \(A. Baumgart\)](#)
5. [Indigene Heiler organisieren sich \(E. Falley-Rothkopf\)](#)
6. [Montesinos-Konten ohne Ende \(S. Mbivayanga\)](#)
7. [EU-Kommission rügt Umwelt- und Arbeitsstandards in Peru \(J. Merk\)](#)
8. [Faktencheck : Fremdenfeindlichkeit gegen Venezolaner \(H. Schulze\)](#)
9. [BMZ: Peru ist Modell für demokratische Stabilisierung \(J. Merk\)](#)
10. [Illegal geschürftes Gold wird legal \(T. und H. Schulze\)](#)
11. [Regenwald-Kalender 2019](#)
12. [Veranstaltungen](#)

1. Editorial Infoperu 58

Liebe Leserin, lieber Leser des InfoPeru,

wenn man in diesen Tagen durch die Strassen Limas - und wahrscheinlich auch anderer peruanischer Städte - schlendert, so hört man nicht nur die üblichen Autogeräusche, ihr Hupen und das Schreien der Straßenhändler, sondern immer mehr auch hervorragend gespielte Straßenmusik. Klassik, Jazz, lateinamerikanische Volksmusik, Rap - all das kann man in Einkaufszentren, Plätzen und Fußgängerzonen hören. Die Musiker sind venezolanische Flüchtlinge, die ihr Heimatland verlassen haben, weil sie dort kein Auskommen mehr hatten. Venezuela hatte - im Gegensatz zu Peru - ein sehr gutes, staatlich gefördertes Musikschulsystem, das weltbekannt war und jetzt genauso darniederliegt, wie alles andere in Venezuela. Peru kommt dies jetzt zugute: hervorragend ausgebildete venezolanische Musiker unterrichten klassische Instrumente, dirigieren Chöre, und verdienen sich durch Straßenmusik ihren Unterhalt. Musik ist ein Beispiel dafür, wie Peru eindeutig von der Ankunft der inzwischen 450.000 Venezolaner profitiert.

Leider werden solche positiven Migrationsgeschichten auch in Peru eher selten erzählt. In den Medien überwiegen die sensationell aufgemachten Berichte über venezolanische Straftäter oder die, leider oft den Tatsachen entsprechenden, Dumping-Löhne, die peruanische Unternehmer den venezolanischen Migranten bezahlen. Dennoch: die Solidarität der Peruaner mit den neu

Angekommenen dürfte sich die Waage halten. Immer wieder höre ich von Beispielen tatkräftiger Solidarität, wie das einer Freundin, die - obwohl sie selber nicht viel Geld hat - eine venezolanische Familie mietfrei bei sich wohnen lässt.

Dass ihr Land Ziel von Migranten ist, ist den Peruanern neu. Altbekannt ist dagegen die Korruption. Und auch da gibt es Hoffnungszeichen, wie die jüngst bestandene Vertrauensfrage des Präsidenten Vizcarra im Parlament beweist. Darüber, über die bevorstehenden Kommunalwahlen und noch vieles mehr können Sie in diesem InfoPeru lesen.

Wie immer freuen wir uns besonders über Rückmeldungen und Anregungen, sei es über die Kommentarfunktion unter den Artikeln oder auch über Facebook und Twitter.

Hildegard Willer

2. Hoffnung im Kampf gegen Korruption

In Peru ist wieder Bewegung in die politische Landschaft gekommen und damit Hoffnung, dass der Kampf gegen die Korruption doch gewonnen werden kann.

Am Mittwoch, den 19. September, hat Präsident Martín Vizcarra im Parlament die Vertrauensfrage gestellt - und mit 88 Ja-Stimmen, 22 Gegenstimmen (darunter auch 9 Gegenstimmen der Frente Amplio von Marco Arana) und 14 Enthaltungen das Vertrauen der Abgeordneten erhalten. Dies kam eher überraschend, gehört doch die Mehrheit der Abgeordneten der gegnerischen Partei von Keiko Fujimori an. Wenn der Kongress das Vertrauen verweigert hätte, dann hätte Vizcarra das Parlament auflösen und Neuwahlen einberufen können.

Die Vertrauensfrage zu stellen, war deshalb ein mutiger Schritt Vizcarras. Dieser hatte ja eher notfallmäßig, als Vizepräsident nach dem Rücktritt von PPK (Pedro Pablo Kuczynski), das Amt angetreten. Es scheint nun aber, dass der andauernde Korruptionsskandal im Justizwesen heftige politische Schritte erfordert und der Präsident bereit ist, diese zu gehen.

Aber von Anfang an: Seit Mitte Juli das Rechercheportal IDL-Reporteros Telefonmitschnitte veröffentlicht hat, die belegen, wie hohe Richter sich bestechen lassen, ist die Empörung im Volk über so viel offensichtliche Korruption groß. Präsident Martín Vizcarra überraschte die Peruaner am Nationalfeiertag, am 28. Juli, mit einer geharnischten Rede und konkreten Ankündigungen, wie er die Korruption zu bekämpfen gedenke. Unter anderem durch eine Änderung des obersten Richterwahlgremiums (Consejo Nacional de la Magistratura), einer Neuregelung der privaten Parteispenden und einem Verbot der Wiederwahl der Kongressabgeordneten. Außerdem kündigte er an, dass all diese Reformen in einem Referendum am 9. Dezember dem Volk vorgelegt werden sollen.

Rasch brachte die Regierung die diesbezüglichen Gesetzesvorlagen ins Parlament ein - und dort dümpeln sie seitdem vor sich hin. Das peruanische Parlament ist von Anhängern des Ex-Präsidenten Alberto Fujimori dominiert - dessen Tochter, Parteiführerin Keiko, steht selber unter Korruptionsverdacht. Aber ganz unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit stehen die peruanischen Abgeordneten im Ruf, zuerst ihr Eigeninteresse und erst dann das Interesse ihrer Wähler im Blick zu haben.

Nun gestanden auch die Fujimoristas zu, dass sie die Justizreformen bis zum 4. Oktober im Kongress durchbringen werden - dies war die Bedingung Vizcarras. Allerdings ist zu befürchten, dass die Abgeordneten bis dahin noch alles daran setzen werden, die eine oder andere Reform zu

verwässern oder gar zu torpedieren.

Auch wenn die Justizreform noch längst nicht in trockenen Tüchern ist: einen Zwischen-Sieg im Kampf gegen die Korruption können Martin Vizcarra und die große Zahl der Peruaner, die ihn dabei unterstützen, feiern.

Hildegard Willer

3. Das neue Gold der Anden: Lithium

Früher hieß weißes Gold mal Porzellan oder Elfenbein. Jetzt wird das Lithium mit Gold verglichen. Es ist ein Leichtmetall, ein Alkalimetall. Es ist selten und hat an der Erdkruste einen Anteil von 0,006%. Interessant wurde es, als aus dem Lithium in den USA das Tritium gewonnen wurde – das zum Bau von Wasserstoffbomben diente.

Lithium wird benötigt für Smartphones, Laptops, Elektro- oder Hybridautos, E-Bikes etc., steckt aber auch in Glas, Keramik oder findet als Schmiermittel Verwendung.

Seit längerer Zeit sind Uranvorkommen in den südlichen Anden, nahe der Kleinstadt Macusani in der Provinz Carabaya, Departement Puno, bekannt. Sie befinden sich rund 150 Kilometer vom Titicacasee entfernt auf einer Höhe von 4.700 Metern. Wegen der Gefährlichkeit des Urans wurde die weitergehende Exploration geheim durchgeführt; man ging in Fachkreisen von mehr als 6 Millionen Tonnen Uran aus. Zusätzlich zum Uran wurde jetzt dort mineralisches Lithium („Spodumene“ – im Unterschied zu Salzlaken-Lithium) gefunden. Dieses mineralische Vorkommen könnte das größte in Lateinamerika sein, meint die Betreiberfirma Energy Plateau, in Peru auch bekannt als Macusani Yellowcake. Sie spricht (ihre kleinere Lithiumlagerstätte Falchini einbezogen) von einem Vorkommen von 12 Millionen Tonnen des Lithiums. Plateau Energy hat für das Gebiet Bohrenskonzessionen für etwa 92.000 Hektar. Bisher erforscht sind etwa 8.000 Hektar. Andere Quellen sprechen davon, dass diese Lithiumvorkommen ca. 2,5 Millionen Tonnen betragen. Genaueres wird der Technical Report der Firma (Ende 2018) zeigen. Sollten sich die Schätzungen der Firma bestätigen, wären die mineralischen Lithiumvorkommen größer als die (Salzlaken-Lithium-)Vorkommen im Länderdreieck Bolivien, Chile, Argentinien. Diese drei Länder konzentrieren ca. 85 Prozent der Weltreserven an Salzlaken-Lithium (engl.: lithium-brine) und konkurrieren untereinander bei der Lithium-Karbonat-Gewinnung – mit Chile an der Spitze. Weltweit gibt es aber auch andere, große (mineralische) Lithiumreserven, beispielsweise in Mexiko (Mina Bacanora mit etwa 8 Millionen Tonnen) oder den USA (Lithium Americanos mit 7 Millionen Tonnen.) Diese Lithiummine bei Macusani wäre die erste in Lateinamerika, in der dieses Metall im Gestein – *eben: mineralisch* – vorkommt.

Damit träte Peru international auf den Plan. In Bolivien soll Lithium aus dem Salzsee Salar de Uyuni mit etwa 12.000 Quadratkilometern Ausdehnung auf 3.600 Höhe gewonnen werden. Dafür sind bereits 500 Millionen Dollar investiert worden. Einen Vorvertrag zwischen der bolivianischen Regierung und der deutschen Firma ACI Systems zur gemeinsamen („Pilot“-)Produktion von Lithiumbatterien gibt es schon.

Die Firma Plateau Energy rechnet aus dem Uran und Lithium mit jährlichen Exportumsätzen von mehr als 500 Millionen Dollar. Allerdings ist der Uranpreis stark gefallen, von 140 Dollar pro Pfund auf ungefähr 28 Dollar. Finanziell hochinteressant ist das Lithium, pro Tonne Lithiumcarbonat werden zwischen 10.000 und 12.000 Dollar bezahlt.

Der Preis für Lithium wird bis 2030 um 2.300 Prozent ansteigen, schätzt Roberto Casanova, Experte der Wirtschaftsprüfungsfirma KPMG (in Peru: Tex Legal) und er meint, Lithium sei ein gutes Geschäft für Peru, weil der Kupferpreis wegen des Handelskrieges der USA mit China gesunken sei. Das ist vielleicht zu eng gedacht, denn das Lithium in Peru kann nur zusammen mit Uran abgebaut werden, dessen besondere Gefährlichkeit und dessen Preis dann auch mit hereinspielen sollten.

Die Firma Plateau Energy stellt jedenfalls das Lithium in den Vordergrund. Hinter Uran waren vor einigen Jahren noch andere Firmen wie Solex Ressources oder Contact Uranium her, die wegen des Preisverfalls ihre Explorationen aufgaben. Plateau Energie muss positive Öffentlichkeitsarbeit machen, weil etwa 800 Millionen Dollar vorab investiert werden müssen. Einer der Manager von Plateau Energy erklärte, dass sie mit VW im Gespräch seien. Die argentinische Firma Pluspetrol, die in Peru das größte Erdgasvorkommen Lateinamerikas ausbeutet (Region Cusco, Projekt Camisea), arbeitet mit der kanadischen Firma LSC Lithium zusammen, um die Lithiumvorkommen in Nordargentinien auszubeuten. Erdölfirmen investieren also auch in neue Energiequellen.

Zur Debatte

Aus der Diskussion in Peru könnte man den Eindruck gewinnen, Lithium sei gesund. Dabei kann es bei Berührung zu schweren Verätzungen und Verbrennungen der Haut kommen. Bei Uran ist eher im Bewusstsein, dass Unfälle in Atomkraftwerken Katastrophen sind oder dass es nicht entsorgt werden kann.

Gefordert wird zu Recht, dass die betroffene Bevölkerung vorab konsultiert wird und dass, falls produziert wird, Umwelt- und Sozialstandards rigoros eingehalten werden. Gefordert wird auch zu Recht, die Jahrtausende alten Felszeichnungen Macusanis zu verschonen. Dennoch greift die Debatte zu kurz.

Kann denn Uran überhaupt nachhaltig abgebaut werden? Das sicherste Uran ist das, das in der Erde bleibt, meinen nicht nur Anti-Uran-Aktivist*innen. Wird Uranabbau aber mit dem Konzept Nachhaltigkeit in Verbindung gebracht, wird dann der Begriff nicht absurd?

Einige Kommentare gehen in die Richtung, dass Peru den geplanten Uranabbau zum Anlass nehmen muss, Gesetze zum Umgang mit radioaktiven Stoffen zu formulieren – und dies sei die Chance, endlich eine umfassende Bergbau- und Ressourcenstrategie zu entwickeln. (Die Erfahrung in anderen Bereichen zeigt allerdings, dass der Staat das Einhalten verabschiedeter Gesetze auch durchsetzen können / wollen muss.) Solche Gesetze fordert auch die Internationale Atomic Energy Agency, schon um selbst auf sie verweisen zu können. Bei dieser Farce hilft die zuständige EU-Kommission den Regierungen des Globalen Südens, anspruchsvoll klingende Gesetze zu formulieren.

Wenn man weiß, welche (Umwelt-)Schäden es trotz Gesetzen und Vorschriften schon durch "normale" Metalle gibt, muss man zur allergrößten Vorsicht beim Umgang mit Uran mahnen. Im Uranabbau werden Abraum (tailings) und schlammige Abfälle (tailing ponds) in Becken gelagert. Diese radioaktiven Abraumhalden und Schlammteiche enthalten ca. 80 Prozent der ursprünglichen Radioaktivität des Urans und sind auf Jahrtausende hinaus radioaktiv und giftig. Wer würde sich in Peru um diese tickenden Zeitbomben kümmern? Schon die Probebohrungen sind nicht ungefährlich: Ist wirklich sicher, dass die Bohrlöcher ordnungsgemäß wieder versiegelt werden? Tragen die Arbeiter Schutzkleidung? Ist sichergestellt, dass Wasserquellen nicht durch radioaktive oder chemische Bohrbeigabemittel verseucht werden?

Man kann eigentlich den Menschen in der südlichen Region Puno nur wünschen, dass der Abbau

von Uran in Peru grundsätzlich verboten wird, wie es in Schweden, in der kanadischen Provinz British Columbia und gebietsweise in Australien geschehen ist. Auch die Vorstellung vom sauberen Lithium lässt sich nicht aufrecht erhalten.

Wir als *Kampagne „Bergwerk Peru – Reichtum geht, Armut bleibt“* tun gut daran, die Aufklärung der betroffenen peruanischen Bevölkerung über das gefährliche Uran zu unterstützen; kritische Organisationen dort mit kritischen (Uran-)Netzwerken hier in Verbindung zu bringen, und hiesige Organisationen über die Pläne und Entwicklungen in Peru zu informieren und auf dem laufenden zu halten.

Heinz Schulze, mit fachlicher Unterstützung durch Ing. Peter Wicke, Günter Wippel und Peter Diehl (WISE – Uranium Project).

Quellen:

- *Descubren la mina de "oro blanco" más grande del mundo en Perú, Deutsche Welle 18.07.2018, <https://p.dw.com/p/31d8B>.*
- *Descubrimiento de litio en Perú: desafíos de la riqueza del oro blanco, Deutsche Welle 01.08.2018, <https://p.dw.com/p/32Sqx>.*
- *Puno: Entre el litio y el uranio ¿cómo se enfrentará los riesgos ambientales? Boletín Actualidad Minera del Perú – Julio 2018 – No. 229, CooperAcción, Lima, Perú, <http://cooperaccion.org.pe/noticias-boletin-amp-229-julio-2018-2>.*

4. Peru wählt neue Bürgermeister

Am 07. Oktober werden die alle vier Jahre stattfindenden Regional- und Kommunalwahlen durchgeführt. Der Wahlkampf ist sehr spät in Gang gekommen und spiegelt die allgemeine politische Apathie wider.

Die Turbulenzen des Rücktritts von PPK (Pedro Pablo Kuczynski), die Begnadigung Fujimoris, die Politik des neuen Präsidenten Vizcarra und insbesondere die immer neuen Enthüllungen über die institutionalisierte Korruption, die von der Mafia über ParlamentarierInnen, Regionalregierungen und Institutionen bis in die allerhöchsten Justizkreise reicht, haben die Wahlvorbereitungen bislang überschattet. Und nicht zuletzt die WM-Teilnahme, die die Medien und Bevölkerung monatelang in nahezu patriotischer Hysterie gehalten hat. Insbesondere die Korruption und die selten eingehaltenen Versprechen haben zu einer inzwischen epidemischen Politikverdrossenheit geführt, die in der hunderttausendfach auf die Straßen getragenen Forderung mündete, das gesamte Parlament aufzulösen: Que se vayan todos! Die Enttäuschung über KandidatInnen, Parteien und Institutionen politischer Repräsentanz ist riesig und viel Resignation hat sich breit gemacht. Dennoch wird der größte Teil der PeruanerInnen irgendwo ein Kreuzchen setzen, denn die Wahlteilnahme ist bei Androhung einer Geldstrafe Pflicht.

Eigentlich haben die Regional- und Kommunalwahlen große Bedeutung. Die Entscheidungen der RegionalpräsidentInnen und kommunalen Vertretungen wirken sich in der Regel viel unmittelbarer auf die Alltagssituation der Menschen vor Ort aus, als viele der Parlamentsentscheidungen. Nach mehreren Anläufen und Unterbrechungen seit 1979, wurden 2002 die Regionen erneut in die Verfassung geschrieben und verfügen seither über eine relativ große politische und administrative Autonomie. Sie wurden eingeführt, um das Land zu Dezentralisieren und so den Regionen eine bessere Entwicklung zu ermöglichen. Die Regionalparlamente bewegen große Summen, was sie

leider in der Vergangenheit vielfach für Korruption anfällig gemacht hat. Doch bevor ich meine Einschätzung vertiefe, möchte ich hier zunächst einige Informationen und Statistiken über den formalen Kontext anführen, in dem diese Wahlen stattfinden.

Ca. 23.370000 EinwohnerInnen sind aufgerufen, die Regional- und VizeregionalpräsidentInnen (Gobernadores y Vicegobernadores), die BürgermeisterInnen (Alcaldes) und StadträtInnen (Regidores Municipales) für die Periode Januar 2019 bis Dezember 2022 zu wählen. Die künftigen RegionalpräsidentInnen wiederum wählen die Regionalen Ratsmitglieder (Consejeros Regionales), die das Rückgrat der regionalen Verwaltung bilden. Ein Wahlschiedsgericht muss dieser Auswahl jeweils zustimmen. Erreicht ein/eine RegionalpräsidentIn nicht auf Anhieb 30%, findet im November eine Stichwahl statt.

Gewählt wird nach Regionen, Provinzen und Distrikten. Peru ist in 24 Departments und 25 Regionen eingeteilt, die bis auf eine Region deckungsgleich sind. Die Hauptstadt Lima weist gegenüber allen anderen Regionen die Besonderheit auf, aus zwei Regionen zu bestehen: Die Regionalregierung von Lima einerseits und die Hauptstadtgemeinde Lima (Municipalidad Metropolitana de Lima) andererseits, die als Provinz mit Sonderstatus sowohl über regionale als auch lokale Befugnisse verfügt. Beide sind voneinander unabhängig. So wird der/die RegionalpräsidentIn der Region Lima lediglich von ca. 724.000 WählerInnen gewählt, während ca. 7.284.000 für das Bürgermeisteramt der Provinz Lima stimmen können. Diese Zahl lässt erkennen, dass der/die BürgermeisterIn der Provinz Lima die repräsentativste Person nach dem Oberhaupt des ganzen Landes ist. In Lima leben 9,32 Millionen EinwohnerInnen, was etwa einem Drittel der gesamten peruanischen Bevölkerung entspricht.

Die Hafenstadt Callao gehört weder zu Lima noch bildet sie selbst ein Departamento. Callao ist eine eigenständige verfassungsmäßige Region mit sieben Distrikten. Hauptstadt der Region Callao ist der Distrikt gleichen Namens, Callao.

19 Kandidaten wollen Lima regieren

Noch vor den letzten möglichen Streichungen oder deren Rücknahmen durch die Wahljurys (Jurados Electorales Especiales) sind derzeit 368 Listen für die Regionalwahlen, 2.016 für Provinzwahlen und 12.197 für Distriktwahlen eingeschrieben. Auf diesen Listen gehen sage und schreibe 113.661 KandidatInnen an den Start! In manchen Provinzen ist die Teilnehmerzahl kaum noch zu über- und durchschauen. Allein in Lima kandidieren bisher 19 formell bestätigte AnwärterInnen für das höchste Bürgermeisteramt, bis auf eine Kandidatin alles Männer. In den anderen Provinzen sieht es diesbezüglich ähnlich aus.

Die strukturelle Schwäche und geringe nationale Repräsentanz der Mehrzahl der Parteien hat zur Bildung zahlreicher Regionalbündnisse geführt, die ausschließlich für diese Wahlen geschmiedet wurden. 37% der KandidatInnen stehen auf den Listen dieser oftmals sehr heterogenen Regionalbewegungen. Die inzwischen rundum erneuerte Partei des ehemaligen Präsidenten Pedro Pablo Kuczynski, Peruanos por el Cambio, deren Namen nach diesen Wahlen geändert werden soll, schafft es neben der Kandidatur in Lima gerade einmal auf vier Kandidaturen für Regionalpräsidentschaften.

Die Wahljurys hatten einen ausgesprochen schweren Job. Tausende berechnete und unberechnete Einwendungen gegen KandidatInnen, Listen und Bündnisse mussten untersucht und entschieden werden. Einwendungen stellen eine beliebte Methode dar, um den politischen Gegner schon vor der Wahl aus dem Rennen zu werfen. Auch müssen die Jurys die KandidatInnen auf ihre rechtliche Unbescholtenheit überprüfen. Vorbestrafte dürfen nicht kandidieren. Korruption und gewalttätige

Einflussnahme ist auf regionaler und lokaler Regierungsebene ein massives Phänomen und ein maßgebliches Hemmnis für Entwicklungsfortschritte. Zur Zeit finden 2.289 Untersuchungsverfahren gegen AmsträgerInnen statt, davon 99 amtierende und ehemalige Regionalpräsidenten, 428 ProvinzbürgermeisterInnen sowie 1.742 DistriktbürgermeisterInnen. Etliche sitzen im Gefängnis oder sind untergetaucht. Man muss allerdings mit beachten, dass es sich häufig auch um politisch motivierte Verfahren gegen unliebsame Personen seitens einer von politischen und ökonomischen Interessen korrumpierten Justiz handeln kann und dass nicht alle die ihnen vorgeworfenen Delikte tatsächlich auch begangen haben. Zu guter Letzt beeinflusst ein Gesetz von März 2015 die Regionalwahlen, das eine direkte Wiederwahl von RegionalpräsidentInnen und BürgermeisterInnen untersagt. Dadurch soll der Aufbau von korrupten Macht- und Einflussbereichen erschwert werden, es hat aber den Nachteil, dass gute AmtsinhaberInnen keine Kontinuität garantieren können und dass längerfristige größere Vorhaben nicht angegangen werden. Das Gesetz treibt nun in diesem Wahlkampf seltsame Blüten, mit denen ich meine Einschätzung dieser Wahlen beginnen möchte:

Nepotismus macht Schule

Wie sichert man seinen Einfluss und seine Pfründe am besten? Mit Hilfe der Verwandtschaft und am besten noch Namensgleichheit. Der inzwischen von mehr als 60% der BürgerInnen abgelehnte Bürgermeister Limas, Luis Castañeda Lossio, schickt seinen Sohn Luis Castañeda Pardo ins Rennen. Der Distriktbürgermeister von Chorillos, Augusto Miyashiro Yamashiro, setzt ebenfalls auf seinen Sohn. Im Distrikt Breña schickt Bürgermeister Ángel Wu Huapaya gleich zwei Frauen ins Rennen: seine Ehefrau und seine Exfrau. Drei Brüder von Abgeordneten kandidieren für die Regionalpräsidentschaft. Die Aufzählung ließe sich lange fortsetzen. Andere bevorzugen den Wohnsitzwechsel. Allein in Lima und Callao kandidieren nun 15 amtierende BürgermeisterInnen auf Listen für andere Distrikte, in denen sie auf wundersame Weise zu angemeldeten EinwohnerInnen wurden.

Umfragen haben ergeben, dass 20% Prozent der über 500.000 ErstwählerInnen ihren Kinderausweis nicht in eine blaue DNI umschreiben lassen, eine nötige Voraussetzung, um überhaupt an Wahlen teilnehmen zu können. Vielen von ihnen ist noch nicht einmal bekannt, dass Wahlen stattfinden werden. Das kürzlich verabschiedete Gesetz zum Verbot von Veröffentlichungen durch staatliche Institutionen in privaten Medien, im Volksmund "Ley Mulder" genannt, verhindert nun, dass Wahlkommissionen und Regierungen Aufrufe zur Einschreibung und Wahlbeteiligung schalten.

In Hinblick auf die individuelle Situation, steht das Bedürfnis nach urbaner Sicherheit für ca. 75% der BewohnerInnen Limas im Vordergrund. Es folgen weit abgeschlagen Arbeitslosigkeit, Preissteigerungen, Gesundheit und Wohnen. Aufgegliedert in soziale Schichten ergibt sich eine deutlich unterschiedliche Gewichtung. Während für die Gutsituierten (Sektoren A und B) die Unsicherheit die größte Sorge darstellt, haben Arbeitseinkommen und Arbeitslosigkeit für ca. 50% der BürgerInnen aus den Einkommensschwachen Sektoren C und D die höchste Priorität.

Bezogen auf allgemeine Probleme stehen in Lima und in vielen größeren Provinzstädten Verkehr, Transportpreise, Infrastruktur, Korruption, Umweltverschmutzung und Bildungssystem im Vordergrund.

Die hohe Bedeutung von urbaner Sicherheit gibt besonders in Lima solchen Parteien auftrieb, die diese zum zentralen Wahlkampfthema machen. Derzeit führt der Hardliner Renzo Reggiardo von *Peru Patria Segura* (Sicheres Vaterland Peru) die Umfragen an. Sein Wahlkampf scheint mehr aus dem Innenministerium als aus demokratischen Programmschmieden zu stammen.

Möchte man erfahren, wie sich der Wahlkampf in den verschiedenen Provinzen außerhalb Limas

entwickelt, muss man schon dort wohnen, dort hinfahren oder die wenigen überregionalen Medien herausfinden, die zumindest ein wenig berichten. Es sind vor allem private lokale Radios, Fernsehstationen und Zeitungen, die dort interessiert informieren. Zahlreiche Provinzzeitungen sind zwar im Web präsent, werden aber kaum gelesen. In Hinblick auf politische Themen spielt das Internet nach wie vor eine marginale Rolle.

Wie eingangs schon erwähnt wurden zahlreiche regionale und lokale Bündnisse geschmiedet, die es auch KandidatInnen nicht eingeschriebener Parteien und Unabhängigen ermöglichen, sich zur Wahl zu stellen. In den meisten Regionen und Kommunen gibt es, anders als bei früheren Wahlen, keine Polarisierung zwischen links und rechts. Die politischen Lager sind extrem aufgesplittert und konkurrieren untereinander. Es ist nicht zu übersehen, dass zahlreiche Listen und Bündnisse ausschließlich zu dem Zweck ins Leben gerufen wurden, um sich dann als künftige Vertretung rasch die Taschen füllen zu können. Die große Anzahl an Parteien und Bündnissen und damit Aufspaltung der Wählerstimmen wird viele KandidatInnen ins Amt bringen, die nur über eine geringe Repräsentativität verfügen. Für RegionalpräsidentInnen reichen schon 30%, für Bürgermeisterämter eine relative Mehrheit.

Zersplitterung der Parteien

Während die Linke auf nationaler Ebene mit immerhin nur zwei großen Bündnissen (gegeneinander) antritt, sind die konservativen bis reaktionären Kräfte heillos zersplittert und die traditionellen Parteien vollkommen geschwächt. Selbst die im Parlament mit erdrückender Mehrheit vertretene *Fuerza Popular* von Keiko Fujimori musste in Lima einen völlig unbekanntem Kandidaten aufstellen, der momentan bei Umfragen den letzten Platz belegt. Stark sind autoritäre Kräfte, die auf die Unterstützung reaktionärer katholischer und evangelikaler Kreise zählen können. Ihr Feindbild sind Linke, Liberale und aufgeklärte moderne Städter, gegen die sie seit einigen Jahren die Kampagne #ConMisHijosNoTeMetas führen. Eigentlich zählt *Fuerza Popular* von Keiko auch dazu, hat aber durch die Korruptionsvorwürfe gegen Keiko und zahlreiche ihrer Abgeordneten sowie die starken Verbindungen zur Mafia an Kraft und Popularität eingebüßt. Sie setzt mehr auf einen Sieg bei den nächsten Parlamentswahlen.

Für die beiden großen linken Wahlbündnisse kandidieren landesweit engagierte Menschen aus den verschiedenen sozialen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen, Initiativen und Kollektiven, die maßgeblich an den Mobilisierungen und Kämpfen der letzten Jahre beteiligt waren. Allerdings in verschiedenen Parteien und regionalen Bündnissen. Die linke Partei *Frente Amplio* (mit neun Abgeordneten im Parlament vertreten), hat in Gemeinschaftslisten aus der sozial- und ökologisch kritischen Zivilgesellschaft 530 Wahllisten mit ca. 5.000 KandidatInnen eingereicht. 10% von diesen sind Mitglieder dieser Partei. Kandidat für Lima ist Enrique Fernandez Chacón, alias "Cohero", der auf aussichtslosem Posten kandidiert. In Umfragen liegt er derzeit bei ca. 1%.

Die linke Partei *Nuevo Peru* (mit zehn Abgeordneten im Parlament vertreten) konnte keine eigenen Listen einreichen, da die erhoffte Einschreibung in das Wahlregister bisher nicht erreicht wurde. Die Partei sammelt noch Unterschriften. Daher kandidieren ihre AnhängerInnen auf den Listen des linken Bündnisses *Juntos por el Peru*.

Juntos por el Peru wurde im Februar 2018 ins Leben gerufen und setzt sich vorwiegend aus sechs linken Parteien zusammen. Wie viele KandidatInnen insgesamt antreten, konnte ich nicht herausfinden. Wie im *Frente Amplio*, haben sie auch zahlreiche regionale Bündnisse gebildet und einige bekannte und beliebte zivilgesellschaftliche Aktivistinnen auf ihren Listen. Spitzenkandidat für Lima ist Gustavo Guerra Garcia, der schon in der Amtszeit von Susanna Villaran der Stadtverwaltung angehörte, allerdings bei Umfragen abgeschlagen bei 1% liegt. Obwohl er eine

ausgesprochen integere und kompetente Person ist, haftet ihm der Makel an, dem Team der wegen Korruption angeklagten ehemaligen Bürgermeisterin Susana Villaran angehört zu haben.

In einigen Regionen haben linke Bündnisse bessere Chancen als in Lima. Dort treten sie mit weiteren lokalen linken Bündnissen an, so in Cajamarca, wo das Bündnis MAS des ehemaligen Regionalpräsidenten Santos mit dem Frente Amplio konkurriert. In Cuzco tritt ein linkes Bündnis von Nuevo Peru unter dem Label *Autogobierno Ayllu* an, das von der Spitzenkandidatin Ruth Alejandrina Baez Quispe angeführt wird, eine der ganz wenigen weiblichen Kandidatinnen landesweit.

Momentan ist es aussichtslos, die Wahlergebnisse vorausszusehen. Noch sind jederzeit größere Änderungen verglichen mit den aktuellen Umfragen möglich. Die allgemeine Aufmerksamkeit wird sich erst kurz vor dem Abstimmungstermin auf die KandidatInnen und Gruppierungen konzentrieren. Ein Drittel der Befragten gibt an, sich noch entscheiden zu können.

Andreas Baumgart

5. Indigene Heiler organisieren sich

In letzter Zeit häuften sich Vorfälle rund um den Ayahuasca-Tourismus sowie der Missbrauch traditioneller spiritueller Vorstellungen und Heilmethoden. Daher hat der Rat der Shipibo-Konibo-Xetebo (COSHIKOX) am 18. und 19.08.2018 eine erste Zusammenkunft traditioneller Heilerinnen und Heiler der Shipibo-Konibo-Xetebo in Yarinacocha, Ucayali, einberufen und will selbstbestimmte regulatorische Maßnahmen einleiten.

Die zahlreichen TeilnehmerInnen haben Themen der Ethik, einen Verhaltenskodex und die Institutionalisierung ihres Berufsstandes diskutiert und beschlossen.

Während die Heilerinnen und Heiler die gemeinhin verwendete Bezeichnung „Schamane/Schamanin“ durch den in der Kultur der Shipibo-Konibo-Xetebo verwendeten Begriff „onanya“/„onanyabo“ (im Spanischen in etwa „sabios“) ersetzen wollen, weil es sich bei der Bezeichnung Schamane um einen importierten „Sammelbegriff für ganz unterschiedliche spirituelle, religiöse, heilerische oder rituelle Spezialisten“ handelt (<https://de.wikipedia.org/wiki/Schamane>), werden andererseits die onanyabo aufgefordert, sich darauf zu konzentrieren, ihr Wissen insbesondere an die Jugend der Shipibo-Konibo-Xetebo weiterzugeben und im familiären Kreis anzuwenden. Dies soll auch sicherstellen, dass die Kinder und Jugendlichen nicht von dem Wissen ihrer Vorfahren ausgeschlossen werden, denn im Unterschied zu zahlungskräftigeren Touristen können sie sich keine Behandlung oder gar längere Ausbildung leisten.

Die Zusammenkunft hat erklärt, dass spirituelle Tätigkeiten und der Kampf um die Selbstbestimmung nicht von einander zu trennen sind, und sie hat angeregt, dass onanyabo eine Escuela Meraya gründen, die ihr Wissen über (Heil-)Pflanzen, Politik, Kunst, aber auch „digitale, pflanzliche und spirituelle Technologien“ vermittelt. Es soll ein Mechanismus entwickelt werden, mit dem Reisende, die onanyabo aufsuchen, um Einblicke in ihre spirituellen Wirkweisen zu gewinnen oder Heilverfahren in Anspruch nehmen, zur kulturellen und politischen Stärkung der Shipibo-Konibo-Xetebo beitragen können, z.B. durch eine Abgabe. So wird auch die Registrierung von Heilsuchenden und das Führen von Patientenkarteien erörtert, die wie die Einrichtung einer

Asociación de Onayabo – Médicos Ancestrales Shipibo-Konibo-Xetebo dazu beitragen sollen, dass die traditionelle Heilkunst nicht mehr in einer Grauzone agieren muss, in die sie durch koloniale Prozesse gedrängt wurde und die zur Verunglimpfung und zum Missbrauch traditionellen Wissens, aber auch zu Scharlatanerie geführt hat.

Elke Falley-Rothkopf

Quellen:

Gespräch mit Robert Guimaraes, Shipibo, FECONAU am 28.08.2018 anlässlich der 2.

Delegationsreise im Rahmen der Klimapartnerschaft Köln-Yarinacocha

Kommunikation mit Ronald Suárez, Shipibo, Präsident von COSHIKOX

Text der Erklärung von Yarinacocha und weitere Informationen unter;:

<https://www.servindi.org/actualidad-noticias/04/09/2018/los-onanya-y-la-declaracion-de-yarinacocha>

Informationen zu den indigenen Organisationen:

COSHIKOX: www.coshikox.org

FECONAU: www.feconau.blogspot.com

6. Montesinos-Konten ohne Ende

Während die Korruption im Justizwesen die peruanische Bevölkerung empört, gibt es auch einen kleinen Erfolg zu vermelden: 18 Jahre nach Aufdeckung der Montesinos-Konten in der Schweiz, erhält Peru Geld zurück.

Die zehnjährige Präsidentschaft von Alberto Fujimori (1990 – 2000) hinterließ Peru mit einem rechtsstaatlichen Scherbenhaufen. Die Ausmaße davon wurden der breiten Öffentlichkeit im September 2000 vor Augen geführt, als die erste Videoaufnahme auftauchte, die zeigte, wie ein Kongressmitglied Bestechungsgeld akzeptierte. Aufgenommen wurde die durchgesickerte Szene damals von Vladimiro Montesinos, der solche Videos wohl als Druckmittel gegenüber den Gefilmten benutzte.

Montesinos war *de facto* der Geheimdienstchef unter Präsident Fujimori. Er entwarf ein korruptes und brutales System, das hauptsächlich darauf abzielte, politische Gegner des Präsidenten zu entmachten, staatliche Institutionen zu unterwandern, öffentliche Gelder abzuzweigen und sich an illegalen Geschäften mit Waffen und Drogenhändlern zu bereichern. Bis zum Schluss der Veröffentlichungen sollten über 700 solcher „Vladivideos“ den Peruanern die Größenordnung des Skandals aufzeigen.

Wieviel Geld Fujimori und Montesinos genau beiseite geschafft haben, ist unbekannt, doch Schätzungen gehen von rund 6 Milliarden US-Dollar aus. Indes beschäftigt die Rückgewinnung der identifizierten Gelder die peruanische Justiz bis heute. In der Anfangseuphorie des Kampfes gegen die Korruption zu Beginn des Jahrtausends gelang es Peru, über 90 Millionen US-Dollar von der Schweiz zurückzuführen. Danach wurde es aber still um die Gelder in der Schweiz, die eigentlich Peru gehörten. Erst 10 Jahre später nahm die Rückführung wieder Fahrt auf.

Im August 2018 wurde nun bekannt, dass die Schweiz bald 15 Millionen US-Dollar aus einem gesperrten Konto an Peru überweisen wird. Die Rückführung wurde möglich, nachdem Alberto Venero, einer von Vladimiro Montesinos' wichtigsten Komplizen und Inhaber des Schweizer

Kontos, nach langjährigen ergebnislosen Untersuchungen der peruanischen Behörden einem außergerichtlichen Deal zugestimmt hat.

Die Person Venero nahm eine zentrale Rolle in Montesinos' Machenschaften ein. So soll er zahlreiche Briefkastenfirmen betrieben haben und über Jahre hinweg an der Unterschlagung von Geldern aus der Pensionskasse der peruanischen Armee beteiligt gewesen sein. Eine später eingesetzte Kommission des peruanischen Kongresses schätzte, dass im Rahmen allein dieses Komplottes rund 300 Millionen US-Dollar versumpften.

Die nun im Raume stehende Rückführung der 15 Millionen Dollar beruht auf einem „Deal“ zwischen Venero und der peruanischen Staatsanwaltschaft. Darin wurde vereinbart, dass von den insgesamt 17 Millionen US Dollar, die seit 2001 auf dem Schweizer Konto eingefroren liegen, Venero deren zwei behalten darf und der Rest an Peru zurückfließt. Im Gegenzug dazu wird die Untersuchung in Bezug auf dieses eine Konto eingestellt. Auf die über 30 weiteren offenen Strafuntersuchungen gegen Venero hat die Vereinbarung keinen Einfluss.

Diese Art von außergerichtlicher Vereinbarung ist für Peru ein Novum. Im internationalen Vergleich hingegen werden seit langem die wenigsten grossen Korruptions- oder Geldwäschereifälle noch per Strafurteil im herkömmlichen Sinne beendet. Die Gründe hierfür liegen mitunter in den Möglichkeiten, kriminelle Machenschaften zu kaschieren, die sich im Zuge der Globalisierung und Digitalisierung eröffnet haben. Im aktuellen Beispiel um Venero wurde unter anderem eine panamaische Briefkastenfirma mit Konto in der Schweiz benutzt. Um in solchen Fällen ein Strafurteil für Korruption oder Geldwäsche zu erlangen, müssten Strafverfolger den Geldfluss nachweisen können. Dazu müsste es ihnen jedoch gelingen, in verschiedensten Ländern teilweise jahrzehntealte Beweisstücke aufzufinden, wozu sie sich durch Strohmänner, Bankgeheimnisse und undurchsichtige Firmenkonstrukte navigieren müssten. Die Verteidigung andererseits weiß den Prozess mit allen möglichen Rechtsmitteln zu verzögern, bis die Verjährung droht.

Aufgrund dieser Probleme ist eine lückenlose Aufdeckung von Verbrechen oft jenseits der Möglichkeiten der Strafverfolgung, weshalb Verurteilungen ausbleiben. Übrig bleiben Deals, wie nun auch Venero einen abgeschlossen hat.

Angesichts der viel kürzeren Verfahrensdauer und wegen Kostenersparnissen ist ein Deal meist auch bei der Verteidigung beliebt. Im Gegenzug für die Kooperation winken dem Verdächtigen Strafminderungen und das Fallenlassen einzelner Anklagepunkte. Kritiker sagen allerdings, dass die Justiz ihrem Auftrag der Wahrheitsfindung so nicht vollends entsprechen kann. Ausserdem wird auch die Übereinstimmung mit dem Gerechtigkeitsgedanken teilweise hinterfragt. Eine greifbarere Gefahr liegt darin, dass bei zu großem Verhandlungsspielraum und fehlender Aufsicht über die beteiligten Behörden erhöhte Korruptionsrisiken entstehen.

Venero's Deal kam mithilfe der technischen Unterstützung der peruanischen Abteilung des Basel Institute on Governance zustande. Letzteres ist eine NGO, die sich unter anderem auf die Rückführung von Korruptionsgeldern spezialisiert hat. Die Schweizer Behörden haben eingewilligt, die Vereinbarung analog einem ähnlichen Verfahren des Schweizer Rechts zu vollstrecken (sogenannte Strafbefehle). In Peru fehlt bislang jedoch eine Regulierung dieser Verfahrensart.

Mit Blick auf die weiteren laufenden Korruptionsuntersuchungen in Peru ist jedoch festzustellen, dass zukünftig die Beendigung von Verfahren im gegenseitigen Einverständnis mit der Verteidigung zunehmen könnte. Denn die Komplexität der Transaktionen zwischen dem Baukonzern Odebrecht und zahlreichen peruanischen Politikern dürfte die Machenschaften von

Venero und Konsorten bei weitem übertreffen.

Stefan Mbiyavanga (Jura-Student an der Universität Basel, hat ein Praktikum beim Basel Institute on Governance in Lima absolviert)

7. EU-Kommissarin rügt Umwelt- und Sozialstandards in Peru

Freihandelsvertrag der EU mit Kolumbien und Peru: EU-Kommission reagiert auf Kritik und schreibt an die peruanische Regierung.

Im Oktober 2017 präsentierten zivilgesellschaftliche Organisationen aus Europa, zusammenschlossen in der Plataforma Europa-Perú (PEP), und 27 zivilgesellschaftliche Organisationen aus Peru der Europäischen Kommission in Brüssel eine Beschwerde über die Nichterfüllung von Verpflichtungen des Freihandelsvertrags im Bereich der Arbeits- und Umweltstandards durch Peru.

In dem Papier wurden Verpflichtungen aus dem Vertrag zitiert und durch verschiedene Beispiele belegt, dass Peru diese nicht erfüllt. Der peruanische Staat war und ist offenbar nicht in der Lage (und nicht willens?), die Beachtung seiner eigenen Gesetze und internationaler Arbeits- und Umwelt-Normen durchzusetzen.

Im März 2018 gab es im InfoPeru 55 einen längeren Artikel zu den einzelnen Punkten der Nichterfüllung: <http://www.infostelle-peru.de/web/?s=freihandelsvertrag>

Ende Juli schrieb nun Cecilia Malmström, Handelskommissarin der Europäischen Kommission, an Rogers Valencia, den peruanischen Tourismus- und Außenhandelsminister. Sie drückte in dem Brief ihre Besorgnis über mangelnde Fortschritte bei der Implementierung des Kapitels IX „Handel und nachhaltige Entwicklung“ des Freihandelsvertrags aus. Sie forderte den peruanischen Staat auf, einen Aktionsplan aufzustellen, der im Detail die Bereiche angeht, die Anlass ihrer Besorgnis sind, vor allem die Versäumnisse im Arbeits- und Umweltbereich. Sie stellt damit die mangelnde Erfüllung der Verpflichtungen Perus im Arbeits- und Umweltbereich heraus, die von PEP und den peruanischen Organisationen im Oktober 2017 in ihrer Beschwerde vor der EU-Kommission vorgebracht wurde.

Die Kommissarin zeigt sich besorgt über die Defizite bei der effektiven Anwendung der ILO-Konventionen 87 und 98 bezüglich der Vereinigungsfreiheit, des Schutzes des (gewerkschaftlichen) Vereinigungsrechtes und des Rechts zu Kollektivverhandlungen. Sie weist darauf hin, dass Peru einen der höchsten Anteile informeller Arbeit und ein hohen Anteil von Kinderarbeit hat und mahnt Anstrengungen für substantielle Fortschritte an.

Bezüglich des Umweltbereichs betont sie, dass die Vereinfachung der administrativen Abläufe nicht zu einer Minderung der Umweltrechte führen darf.

Außerdem hebt sie fehlende Mechanismen einer angemessenen Beteiligung der peruanischen Zivilgesellschaft hervor, die durch den Vertrag für die beratenden internen Gruppen in den beteiligten Staaten vorgesehen sind. So haben die europäischen zivilgesellschaftlichen Gruppen keine klaren Partner in Peru für den vorgesehenen Dialog.

Der von ihr geforderte Aktionsplan für Verbesserungen in den genannten Bereichen soll der EU-Kommission vor der Sitzung des Unterkomitees „Handel und nachhaltige Entwicklung“ im November 2018 vorgelegt werden. Im letzten Trimester des Jahres werde die EU-Kommission eine Untersuchung bezüglich der Fortschritte machen. Falls diese nicht ausreichend seien, kündigt sie

die Anwendung bestehender Mechanismen an, um die genannten Probleme anzugehen.

Es ist zweifellos ein politischer Erfolg, dass die EU-Kommission die Kritik der zivilgesellschaftlichen Organisationen aufnimmt, sie nicht unter den Teppich kehrt, sondern die peruanische Regierung zum Handeln auffordert. Es bleibt die Frage, ob die EU-Kommission Peru zu einer Änderung der Politik in den oben genannten Bereichen zwingen kann, welche Maßnahmen sie gegen die Nichterfüllung der Verpflichtungen ergreift – und ob gegebenenfalls der Vertrag in Frage gestellt wird.

Die Plataforma Europa-Perú, in der auch die Informationsstelle Peru und die Kampagne „Bergwerk Peru – Reichtum geht, Armut bleibt“ mitarbeitet, hatte sich gegen den Freihandelsvertrag engagiert und auf negative Konsequenzen für Kolumbien und Peru verwiesen. Nun beobachtet sie die Erfüllung der im Vertrag eingegangenen Verpflichtungen und die wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen, die durch die Umsetzung des Vertrags entstehen. Der Brief von Cecilia Malmström hat dazu ein bisschen Mut gemacht.

Jimi Merk

8. Faktencheck: Fremdenfeindlichkeit gegen Venezolaner

450 000 Venezolaner leben in Peru. 300 000 sind alleine in den letzten beiden Jahren gekommen. Auch in Peru hört man immer mehr fremdenfeindliche Töne.

Peru müsse es sehr gut gehen, weil es sich den Rassismus gegenüber Flüchtlingen jetzt „leisten“ könne, kommentiert mit Ironie der peruanische Journalist Pedro Salinas. Denn bisher kannten die Peruaner vor allem die andere Seite der Medaille, nämlich die der MigrantInnen, die im Ausland ein besseres Leben suchen und selber Rassismus erleiden. Die Journalistin Rosa Maria Palacios sieht den Beginn einer gezielten Ausländerfeindlichkeit in Peru. Bemerkbar macht sich dieses für Peru neue Phänomen in den sozialen Netzwerken, im Fernsehen und der Boulevardpresse.

Ein paar der verbreiteten Falschnachrichten:

Bei den nächsten Regional- und Kommunalwahlen im Oktober würden 400.000 Flüchtlinge aus Venezuela mitwählen. Fakt ist: nach Auskunft der Wahlbehörde sind für diese Wahlen die „große Masse“ von 28 Ausländern zugelassen und eine einzige Person aus Venezuela. Und das bei ca. 400.000 Wahlberechtigten. Fürwahr eine Riesengefahr für das demokratische System!.

Ein weiteres falsches Gerücht: Alle venezolanischen Flüchtlinge würden vom Staat einen Extra-Zuschlag auf den Mindestlohn erhalten. Fakt ist: Für alle gilt der aktuelle Mindestlohn von 930 Soles im Monat (ca. 300,- €).

Ein Klassiker der Fake-News betrifft die Kriminalität: Die Venezolaner würden einen ganz hohen Anteil an Kriminellen stellen und tausende Venezolaner säßen in peruanischen Gefängnissen ein. Fakt ist: In Peru gibt es aktuell ca. 70.000 Gefangene, davon sind 28 aus Venezuela.

Des Weiteren: Den Venezolanern würden vorzugsweise Jobs in der öffentlichen Verwaltung gegeben. Auch das ist falsch: In der öffentlichen Verwaltung werden nur PeruanerInnen eingestellt, bzw. Ausländer*innen, die die peruanische Nationalität bekommen haben.

Die Behauptung, dass die Flüchtlinge aus Venezuela den Peruanern die Arbeit wegnähmen, ruft sogar den Nobelpreisträger Mario Vargas Llosa auf den Plan. Er sagt deutlich, dass Migranten und Migrantinnen immer ein Fortschrittsfaktor seien. Migrant*innen jedweder Hautfarbe seien eine

Bereicherung für das Leben, die Energie und Kultur, und die Länder sollten sie als positive Chance sehen.

Es gibt aber auch positive Rückmeldungen über die venezolanischen MigrantInnen. Z.B. dass der Service in Restaurants und im Servicebereich sich verbessert habe, dank venezolanischer MitarbeiterInnen. Aufgrund der katastrophalen wirtschaftlichen Lage in Venezuela helfen schon ein paar Dollar, die die Miganten an ihre Familien zurücküberweisen.

Rosa Maria Palacios meint, dass es sich um eine gezielte, organisierte Kampagne von Personen und Gruppierungen handele, die von der Korruption in der Justiz, im Parlament, in der Regierung ablenken wollen. Das sehen viele der von mir befragten Personen in Peru ebenso. Aber es wird auch darauf hingewiesen, dass die politische Kampagne gegen „Venezuela“ schon länger läuft. So haben alle Parteien im peruanischen Parlament aus Anlass des Ibero-Amerika-Gipfels (2018) sich gegen eine Teilnahme des venezolanischen Präsidenten Maduro ausgesprochen und ihn als „persona non grata“ eingestuft.

Um die Zahl der einreisenden VenezolanerInnen zu verringern, hat der peruanische Staat zu neuen Maßnahmen gegriffen: Inzwischen können Flüchtlinge aus Venezuela nur noch mit einem gültigen Reisepass einreisen. Das wird von Kommentator*innen wie Rosa Palacios scharf kritisiert. Sie befürchtet eine Zunahme illegaler Einreisen und weist darauf hin, dass es in der aktuellen Situation in Venezuela fast unmöglich ist, einen Reisepass zu erhalten.

Fremdenfeindlichkeit oder Rassismus?

Viele Venezolaner*innen sehen wie Peruaner*innen aus und sind nur an der Aussprache als solche zu erkennen. Auch sind einige von ihnen Kinder von Peruaner*innen die früher – wegen besserer Lebensperspektiven – nach Venezuela ausgewandert sind. Und, weil deren Eltern es in Venezuela unterlassen haben, ihre Kinder in der dortigen peruanischen Botschaft (Konsulat) anzumelden, sind sie formell halt „nur“ Venezolaner.

Seit die Migration aus Venezuela in Peru Thema ist, wird dort auch über die Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in Europa intensiver berichtet.

Santiago Roncagliolo, der als peruanischer Schriftsteller in Spanien lebt, meint, dass in Spanien die rechten Kräfte wohl immer noch, oder immer wieder, mit Zugriff auf die Fremdenfeindlichkeit punkten und damit bei Menschen Erfolg haben, die damit auch gerne ihre eigenen Defizite überdecken.

Bekannte aus Peru berichteten, dass Mitarbeiter der Ausländerbehörde für die schnellere Erteilung von Arbeitsgenehmigungen an Venezolaner*innen bis zu 1.000 Dollar „unter dem Tisch“ verlangen. Ansonsten geht es seinen bürokratischen Gang, wobei täglich wohl nur 50 Arbeitsgenehmigungen auf offiziellem Weg erteilt werden..

Einige dieser neuen Entwicklungen in Peru dürften uns in Deutschland bekannt vorkommen.

Heinz Schulze

(Quellen: Rosa Maria Palacios, TV-Sendung und La Republica, 6.8.18; M Santiago Roncagliolo, El Comercio, 10.8.18; Elda Cantú, El Comercio, 10.8.18; Pedro Salinas, La Republica, 12.8.18, und Kommentare in sozialen Medien und von Personen aus Peru).

9. BMZ: Peru ist Beispiel für demokratische Stabilisierung

Aus dem Ländergespräch im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zur Entwicklungszusammenarbeit zwischen Deutschland und Peru.

Alle zwei Jahre finden Regierungsverhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der Republik Peru zur Entwicklungszusammenarbeit (EZ) statt. Jeweils im Vorfeld lädt das BMZ Stiftungen, NGOs, Hilfswerke, staatliche Fach- und Entwicklungsorganisationen und ebenfalls an der EZ beteiligte Ministerien zum (zweistündigen) Ländergespräch ein, um über die Situation in Peru, den Stand der EZ und die künftigen Vorhaben zu informieren.

In diesem Jahr sind die Verhandlungen für November in Berlin geplant, das Ländergespräch fand am 22. Juni im BMZ statt.

In der politischen Lageeinschätzung wies das Auswärtige Amt auf die politische Instabilität hin: durch die Mehrheit der gegnerischen Fujimori-Partei im Parlament kann der Präsident seine politischen Vorhaben nicht umsetzen und muss Kompromisse schließen. Die Korruptionsskandale, die zum Rücktritt des Präsidenten Kuczynski führten, hätten das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik erschüttert.

Das BMZ lobte Peru trotzdem als Modell für demokratische Stabilisierung. Das Wirtschaftswachstum sei stabil hoch, trotz der Reduzierung der Armut sei die Ungleichheit aber hoch. Die aktuellen Herausforderungen seien der Schutz des Tropenwaldes und der Biodiversität, der Umbau der Wirtschaft zu nachhaltiger Produktion, die Anfälligkeit der Infrastruktur für den Klimawandel und die (fehlende) wirtschaftliche Teilhabe.

Das BMZ bezeichnete Peru als selbstbewussten und schwierigen Partner. Das Thema Rohstoffe sei zentral in den Verhandlungen: „wir hängen davon ab“.

Das BMZ stellte die laufende und künftige EZ mit Peru vor. Die Schwerpunkte sind

1. Umweltpolitik, Schutz und nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen
2. Nachhaltige Stadtentwicklung (Versorgung mit Wasser, Mobilität und Energie) und Klimawandel
3. Demokratie, Zivilgesellschaft und öffentliche Verwaltung.

Die EZ-Mittel für Peru sind rückläufig. Um dies auszugleichen, sollen öffentliche Mittel mit Marktmitteln der Kreditanstalt für Wiederaufbau KfW gemischt werden. Die Wertschöpfungsketten im Rohstoffbereich sollen nachhaltig und menschenrechtskonform gestaltet werden.

Da die Einführungsvorträge kurz gehalten wurden, blieb erfreulich viel Zeit für die Diskussion.

Dabei wurde unter anderem zum Umwelt-Schwerpunkt der EZ kritisch angemerkt, dass die extraktivistische Wirtschafts-Politik Perus große Umweltprobleme schafft. Als Beispiel wurde der Goldabbau in Madre de Dios genannt. Das BMZ betonte, es habe das Umweltministerium und die Bedeutung des Themas stärken können.

Weitere Themen waren die Korruption und die politische Instabilität. Das BMZ will durch die EZ die Erreichung der Good Governance Standards der OECD unterstützen.

Ausführlichstes Thema der Debatte war die **mangelnde Beteiligung der Zivilgesellschaft** in Peru, hierin war man sich einig. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen würden nicht in Entscheidungen einbezogen, ihr Spielraum würde immer kleiner. Das BMZ will diesen Aspekt in den Regierungsverhandlungen thematisieren.

Bei der Gelegenheit wurde angesprochen, dass die Beteiligung der Zivilgesellschaft auch in Europa und Deutschland mangelhaft ist. So seien die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen mit Peru und Kolumbien völlig intransparent verlaufen. Auch die Debatte zwischen BMZ und NGOs über die Ziele und Instrumente der EZ sei unbefriedigend: das alle zwei Jahre stattfindende zweistündige Ländergespräch sei nicht ausreichend. Das BMZ versprach, die Möglichkeit von Ländergesprächen unabhängig von Regierungsverhandlungen zu prüfen. Grundsätzlich soll das Thema Dialog bearbeitet und verbessert werden, z.B. auch hinsichtlich der Frage, was das Ziel der Dialoge sein soll.

Zur Ausweitung der EZ durch Mischung von Haushaltsmitteln mit Marktmitteln der KfW wurde kritisch angemerkt, dass sich dadurch die Projekte für Peru verteuern. Außerdem sei bei dieser Form der Projektfinanzierung zu befürchten, dass Transparenz und Beteiligung der Bevölkerung leiden. Auch eine Veränderung der Prioritäten der EZ sei zu erwarten, weil für private Geldgeber (logischerweise) bei ihren Investitionsentscheidungen der entwicklungspolitische Sinn und Nutzen der Projekte nicht an erster Stelle stehe.

Zum Schluss möchte ich (nochmals) auf die erfreuliche zeitliche Gestaltung des Gesprächs verweisen, die eine ausführliche kritische Debatte ermöglichte: bei den vergangenen Ländergesprächen beanspruchten die Referate oft den überwiegenden Teil der Zeit, Fragen und Beiträge waren nur sehr eingeschränkt möglich. Das BMZ nahm Anregungen und kritische Bemerkungen auf, die Gesprächsatmosphäre war konstruktiv und angenehm.

Jimi Merk

10. Illegal geschürftes Gold wird legal

Der peruanische Staat selber fördert den Ankauf illegal geschürften Goldes und arbeitet dabei mit dubiosen Händlern zusammen.

Das Rechercheportal Ojo Público veröffentlichte im August 2018 neue Erkenntnisse über die staatlich geförderten Aufkäufer illegal geschürften Goldes in Madre de Dios und Puno . Im nachfolgenden eine Zusammenfassung der Recherche in deutscher Sprache:

Das staatliche Unternehmen privaten Rechts *Activos Mineros* beauftragte drei wegen Geldwäsche vorbelastete Handelsfirmen, im Süden Perus tonnenweise Gold einzukaufen.

Die staatliche Finanzbehörde und die Finanzpolizei verdächtigen *Minerales del Sur*, *Veta de Oro del Perú* und die *E&M Company*, barrenweise Gold dubioser Herkunft aus dem Kleinbergbau ins Ausland zu bringen. Die Vertreter dieser Firmen sind *Francisco Quintano Méndez* (*Minerales del Sur*), *Sofía Bèjar Giraldo* (*Veta de Oro*) und *Efraín Vargas Garzón* (*E&M Company*), der Buchhalter war, von *Gregoria Casas* ("*Goya*"), der ungekrönten Herrscherin der illegalen Goldgräbercamps in Madre de Dios im südlichen Regenwald Perus. Die Behörden geben an, dass *Quintano Méndez*, der eigentlich *Francisco Quispe Mamani* heißt, einer weiteren Organisation angehört, die in Puno verdächtiges Gold aufkauft und es an ihren einzigen Kunden, *Metalor Technologies de Suiza*, in die Schweiz verkauft. *Metalor* ist eine der grossen Goldraffinerien in der Schweiz. Diese Geschäfte liefen teils über normale Banken in Peru und teils nach Meinung von Experten über Briefkastenfirmen und Strohmänner in Steuerparadiesen. Keiner der 71 Lieferanten des von *Minerales del Sur* in die Schweiz exportierten Goldes war ordnungsgemäß registriert. Ein Teil des Goldes stammte von Unternehmen, die wegen Geldwäsche vorbelastet waren: *Minera La Rinconada* des Clans *Condori*, der Familie *Torres Carcasi* sowie den Firmen *D & J Ares Group*

und *Inversur PJ & R* der Schwestern *Anara Labra*.

Sofia Béjars Firma (*Veta de Oro del Perú*) und die Transportfirma *Oro Fino Courier* der Tochter ihres damaligen Lebensgefährten *Arturo Ortiz Ortiz* wurden beide vom Notariat von *Francisco Villavicencio* eingetragen, einem Parlamentsabgeordneten der Partei von Keiko Fujimori, Fuerza Popular. Die Goldfirma *Oro Fino Asociados* (Madre de Dios und Cusco) von *Arturo Ortiz Ortiz* ging bankrott, als sie wegen illegaler Goldgeschäfte untersucht wurde. Mit ihr machten 50 kleinere illegale Goldaufkäufer pleite. *Sofia Béjar* führt die Geschäfte wohl unter der Kontrolle von *Arturo Ortiz Ortiz* weiter. Er wird weiterhin als Goldaufkäufer, z.B. für "Goya" *Gregoria Casas*, eingestuft.

Minerales del Sur (*Minersur*) wird vorgeworfen, in den Jahren 2000 bis 2018 ca. 100 Tonnen Gold im Wert von 3,5 Milliarden Dollar in die Schweiz verkauft zu haben. *Veta de Oro* verkaufte im Laufe der Jahre sieben Tonnen Gold im Wert von 285 Millionen US-Dollar an *NTR Metals* in Miami. Deren hochrangiges Personal wurde in den USA wegen Geldwäsche verurteilt. Andere Käufer in Miami waren *Kaloti Metals* und *Atomic Gold*. *Sofia Béjars* Unternehmen exportiert nicht nur, es dealte auch mit Firmen, die heute als Fassade einer Organisation illegalen Bergbaus in Peru gelten: *Darsahn International* und *Oxford Gold Corporation*. Im Juni 2018 floss über die Transportfirma *Oro Fino Courier* (Inhaberin: *Carola Ortiz*, Tochter von *Arturo Ortiz*) Geld aus der Region von *Tambopata* (Regenwald – *Madre de Dios*) an Funktionäre des staatlichen regionalen Büros des Bergbauministeriums. Diese Firma hat in *Puerto Maldonado* und in *Cusco* dieselbe Adresse wie *Veta de Oro del Perú*. *Veta de Oro* hat inzwischen den Goldverkauf in die USA eingestellt und exportiert nach Indien und die Vereinigten Arabischen Emirate.

Die *E&M Company* (*Cusco* und *Madre de Dios*) lieferte ebenfalls an *Atomic Gold* (USA). Die Polizei beschlagnahmte einen Teil der Lieferungen, weil weder eine legale Herkunft noch ein korrekter Transportweg nachgewiesen werden konnten. Die Gründer von *E&M*, werden beschuldigt, die Firma gegründet zu haben, um dunkle Geschäfte zu begünstigen und zu verdecken (darunter Geldwäsche). Im Zuge der Ermittlungen bestätigten *Vargas Garzón* und *Zinanyuca*, dass sie früher im Unternehmen *Oro Fino Asociados* von *Arturo Ortiz Ortiz* gearbeitet hatten und dieses wiederum mit *Veta de Oro* verbunden ist.

Die peruanischen Ermittlungen gegen die Firmen im Goldgeschäft gehen in erster Linie auf Behördenhinweise aus dem Ausland zurück.

Bei der Aufklärung dieser Vorfälle war meist die Steuerbehörde (*SUNAT*) tätig und erhielt wenig Unterstützung aus dem Finanzministerium, auch nicht von der staatlichen Aufsichtsbehörde gegen Geldwäsche. Aufgrund der Menge des illegalen Goldes, das in die USA, Europa und Asien exportiert wird, sind die US-amerikanische Anti-Drogen-Behörde sowie der US-Zoll und das Büro für Nationale Sicherheit an voller Aufklärung interessiert.

Trotz all dieser schwer belastenden Momente und Offensichtlichkeiten beauftragte die staatliche Gold-Aufkaufbehörde *Activos Mineros* nach einer öffentlichen Ausschreibung im Januar 2018 die *E&M Company* (Konsortium *Gold Star*) mit dem Ankauf von Gold aus der Region *Madre de Dios* und *Veta de Oro del Peru* und *Minersur* mit dem Ankauf von Gold aus *Puno*. Und das, obwohl die Statuten von *Activos Mineros* eindeutig besagen, dass jegliche Verbindung mit Unternehmen abgebrochen werden muss, die illegal gefördertes Gold verkaufen.

Es scheint, dass Goldhändler auch in Deutschland nicht darauf setzen können, dass Gold der staatlichen Gesellschaft *Activos Mineros* aus Peru wirklich legal ist.

Gekürzte Übersetzung: Trudi und Heinz Schulze

Originalartikel in spanischer Sprache: (<https://ojo-publico.com/764/estado-eligio-companias-investigadas-por-lavado-de-mineria-ilegal-para-comprar-oro>)

11. REGENWALD-FOTOKALENDER 2019

13 Farbfotos (Landschaft, Menschen, Pflanzen, Tiere) aus dem amazonischen Regenwald Perus
Wandkalender mit Ringbindung, ca. DIN A 3 Querformat;

Preis: 10,- € pro Kalender +Portokosten.

Ein schöner und sinnvoller Jahresbegleiter.

Der Erlös geht an unsere Partner, die Asháninka, für Projekte zum Erhalt des Regenwaldes.

Bestellungen an den Arbeitskreis München-Asháninka: [akma @nordsuedforum.de](mailto:akma@nordsuedforum.de)

12. VERANSTALTUNGEN

- **Freiburg i. Br.,**

25. September 2018, 19.30 Uhr

Kleinbäuer*innen aus Peru kämpfen gegen den Klimawandel

Es berichten Vertreter*innen der peruanischen Kleinbauernorganisation NORANDINO

Ort: Weingut Dilger, Urachstraße 3, 79100 Freiburg-Wiehre

- **Köln**

25. September 2018, 19 Uhr

„Diskussion und Information zur Klage Saúl Luciano Lliuya gegen RWE“

Saúl Luciano Lliuya aus Huaraz wird persönlich anwesend sein. Diskussion mit Saúl Luciano Lliuya, Noah Walker-Crawford / Sozialanthropologe, Andreas Wolter / Bürgermeister Köln, Roxana Baldrich / Germanwatch, Thomas Brose, Geschäftsführer des Klima-Bündnis. Ausklang mit Musik und peruanischen Snacks.

Ort: Kulturbunker, Berliner Straße 20, 51063 Köln-Mülheim,

Veranstalter: Stadt-Köln, Kulturbunker, Informationsstelle Peru e.V., INFOE e.V., GermanWatch, Klima-Bündnis.

Eine Veranstaltung im Kontext der Klimapartnerschaft Köln-Yarinacocha

- **Köln**

27. September 2018, 18 - 21 Uhr

Produkte von Shipibo Conibo Frauen

Stand von INFOE, an dem Produkte vorgestellt werden, die Frauen der Shipibo Conibo in Kölns Klimapartnerstadt Yarinacocha hergestellt haben.

Ort: Forum Volkshochschule im Museum am Neumarkt (Rautenstrauch-Joest-Museum), Cäcilienstr. 29-33, 50667 Köln.

- **Berlin**

1. Oktober 2018, 19 Uhr

Stammtisch der Berliner Gruppe der Infostelle Peru

Ort: Restaurant «Merhaba», Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin (Prenzlauer Berg).

Kontakt: Michael Schrick, mlesna@posteo.de

- **Treptow-Köpenick**

3. Oktober - 7. November 2018

Aus Anlass ihres 20-jährigen Bestehens organisiert die Städtepartnerschaft Treptow-Köpenick – Cajamarca eine Reihe mit vier Filmen aus Peru.

Mi 03.10.2018 20:15 Uhr

Union, Bölschestr. 69 (Friedrichshagen)

Titicaca und die verschwundenen Gesichter

Heeder Soto 2017, 73 Minuten, Dokumentarfilm, OmU

anschl. Publikumsgespräch mit Kerstin Kastenholz

Eintritt

Do 18.10.2018 20:00 Uhr

Casablanca, Friedenstr.12 (Adlershof)

Hija de la laguna (Tochter der Lagune) (tbc)

Ernesto Cabellos 2015, 87 Minuten, Dokumentarfilm, OmU

anschl. Zuschaltung der Protagonistin Nélide Ayay per Skype

Eintritt / Spende für Nélide

Do 01.11.2018 20:00 Uhr (ohne Michael)

Casablanca, Friedenstr.12 (Adlershof)

Historias de agua (Geschichten vom Wasser) (tbc)

Red Muqui 2017/18, 53 Minuten, Dokumentarfilm, OmU

Publikumsgespräch?

Eintritt

Mi 07.11.2018 20:15 Uhr

Union, Bölschestr. 69 (Friedrichshagen)

Aguirre, der Zorn Gottes

Werner Herzog 1972, 95 Minuten

Publikumsgespräch?

Eintritt

- **Freiburg i. Br.**

11. Oktober 2018, 20 Uhr

Lateinamerika-Stammtisch

Thema: Projektunterstützung – Chancen und Probleme

Nebenzimmer der Gaststätte „Dimitra“, Stühlingerstr. 34 (hinter der Tankstelle)

- **München**

Freitag 19.10.2018, 19 Uhr

Großmeister der Korruption in Lateinamerika und ihre Projekte

Weil der korrumpierende Chef des großen Bauunternehmens Odebrecht in Peru vor einem brasilianischen Gericht seine Haut retten will, so gut es noch geht, redet er.

Er beschreibt die Mechanismen einer unfassbaren Korruptionsserie, deren Gewinner die Firma und Politiker mehrerer Länder sind. Großprojekte wie Urwaldtrassen und Mega-Staudämme werden auf Kosten der Umwelt und der Menschen durchgesetzt. Ein enthüllender Blick hinter die Kulissen. Der Trost: Jetzt muss und kann es an die Ursachen gehen.

Ort: EineWeltHaus München, Schwanthalerstr. 80

Eintritt frei

Veranstalter: Lateinamerika-AK und Arbeitskreis München – Asháninka des Nord Süd Forum München e.V.

- **München**

25. Oktober 2018,

Energie auf dem Holzweg: Ressourcenplünderung und Raubbau in Südamerika

Unser Energieverbrauch hat weitreichende Auswirkungen. Der Rohstoffhunger in den reichen Ländern scheint unersättlich. Am Beispiel von vier Produkten aus vier Ländern zeigt sich, dass es eine Bevölkerung gibt, die nicht mehr hinnimmt, dass ihre Belange und die der Umwelt Profitinteressen geopfert werden. Kohle (Kolumbien), Erdöl (Ecuador), Palmöl für Biodiesel (Peru) und Zuckerrohr für Ethanol (Brasilien) bedeuten für einige nur Geld, für andere soziale Konflikte und die Frage nach Tank oder Teller.

Referent*innen:

A. Pacheco, E. Heller, H. Schulze, C. Hak (Musik: Duo Petra Sombra / Ronald Abarca)

Ort: EineWeltHaus München, Saal, Schwanthalerstr. 80

Eintritt frei

Veranstalter: Lateinamerika-AK des Nord Süd Forum München e.V.

- **München**

31. Oktober 2018, 20 Uhr

AnnaLu & Shavez in concert

Bei diesem musikalischen Fest dreht sich alles um Energie. Man braucht sie zum Leben und zum Wirtschaften. Ob Sonne, Wasser, Feuer oder die Probleme mit den nicht Erneuerbaren wie Erdöl, Gas und Kohle: es wurden und werden Lieder und Texte darüber geschrieben. Traditionelles und Neues (vor allem) aus Südamerika sowie selbst Komponiertes, mit freudigen oder sozialkritischen Texten – das wird ein energischer und schöner Abend: mit Kraft und mit Wärme. Lad‘ Deine Batterien auf!

Ort: Saal, EineWeltHaus München, Schwanthalerstr. 80

Eintritt frei – Spenden erwünscht

Veranstalter: Lateinamerika-AK und AK München – Asháninka des Nord Süd Forum München e.V. mit Aluna Minga und Casa Latinoamérica

- **Freiburg i. Br.**

08. November 2018, 20 Uhr

„Wer profitiert vom Freihandel? Ein Instrument zur Sicherung wirtschaftlicher Vorherrschaft“

Referentin: Yessika Hoyos, CCAJAR (Kolumbien)

Ort: Südwind, Lorettotr. 42

–

Sie können den Newsletter bestellen über die Website der

Informationsstelle Peru e.V., www.infostelle-peru.de

Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an

newsletter@infostelle-peru.de

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V. Er wird gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, von Caritas international, der Erzdiözese Freiburg und der Stiftung Umverteilen

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Informationsstelle Peru e.V. verantwortlich. Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor, Caritas international und Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst.

